

# Politik gegen den Trumpismus

## Eine Analyse der US-amerikanischen Zwischenwahlen

Von John Nichols

Donald Trump prägt, seit er sich im Juni 2015 als Republikanischer Präsidentschaftskandidat aufstellen ließ, das Gesicht der amerikanischen Politik. Als Meister der Medienmanipulation, der soziale Medien geschickter einsetzt als jede politische Persönlichkeit im Land – und vielleicht auf der ganzen Welt –, hat Trump den amerikanischen Diskurs bestimmt, indem er das Land zwang, auf seine politischen Äußerungen und Provokationen zu reagieren. Das bedeutet nicht, dass er sich in jeder Debatte durchsetzen konnte. Tatsächlich wurde der Präsident mit heftigem und oftmals wirksamem Widerstand konfrontiert. Weil er und seine Parteianhänger allerdings die Bundesregierung und deren Berichterstattung dominiert haben, erwies es sich als fast unmöglich, über etwas anderes, als Trump zu diskutieren.

Nun besteht mit den Wahlergebnissen der Zwischenwahlen, die den Status Quo auf Bundes- und Länderebene der amerikanischen Politik umgedreht haben, die Aussicht, dass sich diese dysfunktionale Dynamik ändern könnte. Zwei Jahre nach Trumps Amtsantritt hat die Opposition eine wichtige Gelegenheit erhalten, eine alternative Politik zu gestalten. Diese Gelegenheit ist echt. Aber es gibt keine Garantie dafür, dass sie so gut und vernünftig genutzt wird, wie sie genutzt werden müsste.

Die Frage ist, ob die Demokraten, die im Januar die Führung über das US-Repräsentantenhaus und viele Schlüsselstaaten übernehmen werden, tatsächlich die Gelegenheit ergreifen und nutzen werden, um Trump und die nationalistische Variation des amerikanischen Konservatismus, der zurecht auch als „Trumpismus“ beschrieben werden kann, auf den Kopf zu stellen. Wenn die Demokraten aufgrund mangelnden ideologischen Zusammenhalts oder übermäßiger Vorsicht versagen, wird Trump den Diskurs weiterhin dominieren, und der Präsident und seine republikanischen Verbündeten könnten ihre Autorität behalten und diese in den Wahlen 2020 sogar erweitern. Wenn die Demokraten Erfolg haben sollten, kann jedoch zu Recht gesagt werden, dass das Ende der Präsidentschaft von Trump am Tag der Zwischenwahlen am 6. November 2018 begann.

### **Gewaltenteilung (System der gegenseitigen Kontrolle)**

Aufgrund der komplizierten Infrastruktur des amerikanischen politischen Systems, in dem die Befugnisse der Regierungszweige aufgeteilt sind, ist der Einsatz sehr hoch. Dies ist auch deshalb der Fall, weil die Wahlprozesse der Vereinigten Staaten durch die Bemühungen von Trumps Verbündeten verzerrt wurden, indem sie die Stimmabgabe von „rassischen“ und ethnischen Minderheiten zu unterdrücken versuchten und die Regierungs- und Staatsbezirklinien durch den Prozess des „Gerrymandering“ (Wahlschiebung) verdrehten. Der Punkt bei der Wählerunterdrückung und beim Gerrymandering- sowie beim Wahlmännerkollegium, welches es Verlierern des Gesamtstimmenanteils ermöglicht, die Präsidentschaft zu übernehmen – wie beispielsweise Trump im Jahr 2016 –, besteht darin, den Willen der Bevölkerung zu vereiteln. In eng umkämpften amerikanischen Wahlen kann das

passieren. Allerdings sind die Zwischenwahlen im Jahr 2018 nicht eng ausgegangen. Mit der höchsten Wahlbeteiligung seit 1914 (die letzten Zwischenwahlen vor dem Ersten Weltkrieg) wurden republikanische Amtsinhaber aus vermeintlich sicheren Pfründen Washingtons und den Landeshauptstädten gefegt und dem Widerstand gegen Trump wurde die Möglichkeit gegeben, diese Präsidentschaft zu kontrollieren und auszugleichen.

Die Ergebnisse erschütterten Trump, dessen Reaktion auf seine neuen politischen Umstände eine noch unberechenbarere und irrationalere Seite des Oberbefehlshabers zeigte. Trump mag es nicht zu verlieren und er hat am 6. November eine Menge verloren. Der Präsident hatte gehofft, dass er durch die Kapitalisierung struktureller Vorteile für die Republikaner und durch die Sammlung einer loyalen, wenn auch schwindenden Grundlage rechter Anhänger, ein Ergebnis abwenden könnte, das seine Präsidentschaft schwächt. Bis nur wenige Stunden vor Schließung der Wahllokale kämpfte er aggressiver und primitiver als jeder Präsident der modernen amerikanischen Geschichte, weil er erkannte, dass sein Machterhalt – und seine Fähigkeit, die nationale Handlung nach seiner Regie zu drehen –, durch eine weitverbreitete Unzufriedenheit bedroht wurde, die eine Präsidentschaft auf den Kopf stellen kann.

Seit Trumps Amtsantritt am 20. Januar 2017 verfügt er nicht nur über eine Rabauktribüne, von der aus er seine Agenda vorantreiben kann, sondern auch über eine „Ja-Sager-Ecke“, die ihn anfeuert. Als Präsident ist er in der Lage, die Debatte von einem Thema zum nächsten zu lenken und die Diskussion darüber, was bei Fragen, die von Energie und Umwelt über Steuern und Einwanderung reichen, möglich ist, weit nach rechts zu rücken. Seine Aufgabe wurde durch die Tatsache, dass die Republikaner beide Kammern des Kongresses kontrollierten, ebenso erleichtert wie durch die absolute Unterwerfung von Repräsentantenhaussprecher Paul Ryan und Mitch McConnell, dem Mehrheitsführer im Senat – nicht nur gegenüber Trump selbst, sondern auch gegenüber der extremen Agenda des Präsidenten und seines inneren Kreises rechtsgerichteter nationalistischer Berater. Der republikanische Präsident und seine Verbündeten gewannen nicht alle legislativen Schlachten in den Jahren 2017 und 2018, da eine Handvoll verantwortungsbewusster Republikaner eine andere Meinung als Trump, Ryan und McConnell zu Fragen wie der Gesundheitsreform einnahmen. Es gelang ihnen jedoch, die nationale Abgabenordnung umzustrukturieren, um multinationalen Unternehmen und denjenigen wohlhabenden Amerikanern Vorteile zu verschaffen, die Hauptunterstützer der republikanischen Kampagnen ausmachen. Und sie füllten die Gerichte mit Juristen, die von der sozial-konservativen Parteibasis befürwortet wurden. Vor allem aber lenkten sie die Debatten zu Themen, die sich auf die von Trump und seinem Team aufgeworfenen Fragen konzentrierten, sodass Diskussionen über wichtige Themen, wie Klimawandel und Ungleichheit, an den Rand gedrängt wurden.

### **Die „Rabauktribüne“**

Nun, nachdem zwei Jahre lang auf den Präsidenten reagiert wurde, können Trumps Feinde ihn zwingen, auf sie zu reagieren. Das wichtigste Ergebnis der Zwischenwahlen war die Übergabe einer „Rabauktribüne“ an die Opposition, die den Demokraten die Kontrolle über das Repräsentantenhaus mit dem stärksten Schwung seit der „Watergate-Wahl“ 1974 ermöglichte, in welcher die Partei einen Erdrutschsieg einfuhr, gefolgt von der Amtsniederlegung des republikanischen Präsidenten Richard Nixon.

Die Übertragung der Kontrolle über das Repräsentantenhaus von Trumps republikanischen Verbün-

deten auf einen demokratischen Oppositionsausschuss, der um junge linke Aktivisten erweitert und weiter angetrieben wurde, fand als Teil der „Blauen Wahlwelle“ statt. In dieser zerrütteten Zeit der amerikanischen Geschichte, in der Macht häufig und radikal von einer Partei zur anderen verlagert wurde, haben Wahlkampfbeobachter eine neue Terminologie entwickelt, um die Ergebnisse der multijurisdiktionalen Abstimmung des Landes für staatliche und Bundesbehörden zu bewerten. Es gibt immer noch einige Wahlen, die zu gemischten Ergebnissen führen, bei denen beide Parteien auf Erfolge hinweisen können. Vermehrt sprechen die Zahlen aus Zwischenwahlen vergangener Jahre jedoch deutlich für die eine oder andere Partei. Die Wähler können eine „rote Welle“ für die Republikaner erzeugen, wie es in den Zwischenwahlen der Jahre 2010 und 2014 während der Amtszeit des früheren Präsidenten Barack Obama geschah. Oder sie können eine „blaue Welle“ erzeugen, mit welcher Demokraten bevorzugt werden, wie es im Jahr 2006 passierte, als die Partei sich die Frustration über Präsident George W. Bushs Innenpolitik und die Durchführung des Krieges im Irak zu Nutzen machte, um zum ersten Mal seit der Wahl von 1994 die Kontrolle über das US-Haus zu erlangen und zum ersten Mal seit den Wahlen von 2000 eine wirksame Kontrolle des US-Senats zu erlangen.

Die „Blaue Welle“ von 2018 war mehr als ausreichend, um die Aussage des Vorsitzenden des demokratischen Nationalkomitees, Tom Perez, nach den Wahlen zu begründen: „Die Demokratische Partei ist wieder da.“ Perez neigt nicht zu Übertreibungen. Er meinte es ernst, als er behauptete, dass seine Partei aus der politischen Wildnis zurückgekehrt sei.

Nach verheerenden Rückschlägen in den Jahren 2014 und 2016, deren Höhepunkt die Wahl von Trump zum 45. Präsidenten der Nation auszeichnete, überschauten die Demokraten eine politische Landschaft, die wie verbrannte Erde aussah. Die Partei hatte nicht nur die Präsidentschaft verloren, sie hatte in mehreren Wahlzyklen fast alles verloren. Die Jahre, in denen Obama regierte, hatten ein falsches Sicherheitsgefühl für die Demokraten geschaffen. Diese konzentrierten sich zu sehr auf die Tatsache, dass sie das mächtigste Amt des Landes kontrollierten und höchstwahrscheinlich den Top-Job, mit Obamas Außenministerin Hilary Clinton, behalten würden, deren Format und Erfahrung, die aller ihrer republikanischen Herausforderer übertraf. Als die Demokraten am 9. November 2016 zu der Realität eines republikanischen Kongresses aufwachten und dazu, dass Donald Trump Präsident sei, erkannten sie plötzlich das volle Ausmaß dessen, was die politische Analyse-Website „FiveThirtyEight“ als „Erosion der politischen Macht der Demokratischen Partei in staatlichen Gesetzgebungen, Kongressbezirken und Gouverneurvillen“ bezeichnete. Eine Wahlanalyse nach der Wahl 2016 erklärte: „Zu Beginn von Obamas Amtszeit kontrollierten Demokraten 59 Prozent der staatlichen Legislative, während sie jetzt nur noch 31 Prozent kontrollieren. Dies ist der niedrigste Prozentsatz der Partei seit der Wende des 20. Jahrhunderts. Sie hatten 29 Gouverneursämter inne und haben jetzt nur noch 16, die niedrigste Zahl der Partei seit 1920.“ Diese Zahlen stellten für die Demokraten eine existenzielle Krise dar, die über die Präsidentschaft von Trump hinausging. Falls die Partei im Jahr 2018 kein Comeback erlebte, stand sie vor einer langfristigen Marginalisierung – ein Umstand, der dem der britischen Arbeiterpartei von 1979 bis 1997 und der deutschen Sozialdemokratischen Partei von 2005 bis heute, ähnelt.

### **Eine sehr blaue Welle**

Die Wahlen von 2018 brachten den Demokraten die Ergebnisse, die sie brauchten. Der politische Analyst von CNN, Chris Cillizza, kam zu dem Schluss, dass, nachdem die meisten Stimmen gezählt waren, „die Fakten klar zeigen, dass 2018 nicht nur eine demokratische, sondern eine massive und historische

Welle ist“. Hier sind die Ausmaße der Welle:

- ⇒ Die Kandidaten des demokratischen Repräsentantenhauses erhielten 40 Sitze von den Republikanern, wodurch ein Vorteil der Partei von 235 zu 200 in der Abgeordnetenversammlung erwartet wurde. Die neu gewählten demokratischen Mitglieder werden den Kongress dramatisch verändern, da Frauen und Menschen verschiedener Hautfarbe Sitze einnehmen, die früher von weißen Männern besetzt waren. Zu den Mitgliedern der Fraktion der Demokraten im Repräsentantenhaus werden fortschrittliche Führungspersönlichkeiten der nächsten Generation gehören, wie Alexandria Ocasio-Cortez aus New York und Ayanna Pressley aus Massachusetts, die beide führende Demokraten in den Partei-Vorwahlen 2018 besiegten – und die ersten muslimischen Frauen, die im Kongress dienen werden, Ilhan Omar aus Minnesota und Rashida Tlaib aus Michigan. Die Demokraten im Repräsentantenhaus werden im Januar mit einem beeindruckenden Mandat der amerikanischen Bevölkerung eintreffen. Mit dem nahen Abschluss der Zählung Ende November betrug die kumulative Stimmenzahl für demokratische Kongresskandidaten 59.661.690, während die Republikaner nur 50.559.128 sicherten. Dies ist die größte Zwischenwahl-Marge für beide Parteien in der Geschichte der Vereinigten Staaten.
- ⇒ Die demokratischen Kandidaten des US-Senats gewannen landesweit 22 der 35 Wahlkämpfe. Zwei weitere Sitze gingen an Unabhängige, die mit den Demokraten (Maines Angus King und Vermonts Bernie Sanders) zusammenkamen, während die Republikaner nur elf Sitze gewannen. Die Republikaner behielten die Kontrolle über die Kammer mit 100 Sitzen, in der in jedem Wahlzyklus nur etwa ein Drittel der Sitze gewählt werden. In drei Bundesstaaten, in denen Trump eine starke Anhängerschaft hat, wurden die Sitze getauscht: North Dakota, Missouri und Indiana. Die Demokraten schnappten sich jedoch zwei Sitze der Republikaner in zwei wichtigen westlichen Staaten: Arizona und Nevada. Und ein Republikaner, der Trump sehr kritisch gegenüberstand, Mitt Romney (der Präsidentschaftskandidat der Partei von 2012), gewann einen offenen Sitz, der Utah repräsentiert. Das bedeutet, dass sich an der inneren Dynamik der oberen Kammer des Kongresses wenig ändern wird, wo der Vorteil, den kleine Staaten haben, für die Republikaner sehr nützlich ist. Die kumulative Stimmenzahl in den 35 Senatswettbewerben zeigt das Ungleichgewicht, aber auch die wachsende Attraktivität der Oppositionspartei. Rund 50 Millionen Stimmen wurden für demokratische Kandidaten des Senats abgegeben, während rund 35 Millionen für republikanische Kandidaten des Senats abgegeben wurden.
- ⇒ Die Demokraten erzielten dramatische Erfolge in Länderparlamenten im ganzen Land, in denen Gouverneure den Zugang zu staatlichen Gesundheitsprogrammen wie Medicaid ausbauen können, in denen Justizminister der Bundesstaaten Strafverfahren einleiten können, um die Angriffe des Präsidenten auf Einwanderer zu blockieren, und wo Behördenleiter das Wahlrecht ausweiten können und Gesetzgeber Gerrymandering-Misshandlungen aufheben können. Sieben neue demokratische Gouverneure werden republikanische Führer in Illinois, Kansas, Maine, Michigan, Nevada, New Mexico und Wisconsin ersetzen. Progressive Gouverneure, die Verbindungen zu organisierten Arbeits- und Bürgerrechtsgruppen haben, werden ruchlose Rechtsstehende, wie Scott Walker in Wisconsin, Rick Snyder in Michigan und Paul LePage in Maine ersetzen. Jay Inslee, Vorsitzender der Democratic Governors Association, bemerkte am Tag nach der Wahl: „Nach den Ergebnissen von gestern Abend werden 38 Millionen Amerikaner einen demokratischen Gouverneur haben. Das bedeutet, dass demokratische Gouverneure jetzt eine Mehrheit der Amerikaner repräsentieren – mehr als 175 Millionen Menschen.“ Demokratische Gouverneure werden es in der Verwaltung in den Staatshäusern leichter haben, da die Demokraten den Wahlzyklus von

2018 mit einem landesweiten Gewinn von rund 380 Mandaten abgeschlossen und mindestens sieben bundesstaatliche Kammern von rot auf blau umgewandelt haben. Die Ergebnisse haben auch föderale Konsequenzen, da die Gesetzgeber und Gouverneure der Bundesstaaten auf der Grundlage der nationalen Volkszählung 2020 neue Bezirkslinien ziehen werden. Da nun mehr Demokraten die Kontrolle über mehr Staaten haben, ist es wahrscheinlich, dass konkurrenzfähigere Kongressbezirke gezogen werden und dass die demokratische Siegesserie von 2018 bis in die 2020er Jahre hinein verlängert werden könnte. „Das ist ein zwölfjähriger Wahlzyklus, weil diese Gouverneure einen Umstrukturierungszyklus beaufsichtigen“, sagt DNC-Vorsitzender Perez, „und das ist eine große Sache.“

- ⇒ Das bedrohlichste Signal für Trump kam aus den drei Bundesstaaten, von denen allgemein angenommen wird, dass sie ihn zum Präsidenten gemacht haben. Trump verlor die Parlamentswahlen 2016 um fast 3 Millionen Stimmen, aber die knappen Siege in drei Great Lake Staaten, die lange Zeit Demokraten als Präsidentschaftskandidat unterstützt hatten, gaben dem Republikaner die Mehrheit, die er brauchte, um sich im Wahlmännerkollegium durchzusetzen. Die drei Bundesstaaten waren Wisconsin, Michigan und Pennsylvania. Trump gewann Wisconsin mit 0,7 Punkten (22.748 Stimmen), Michigan mit 0,2 Punkten (10.704 Stimmen) und Pennsylvania mit 0,7 Punkten (44.292 Stimmen). Die Washington Post gab bekannt: „Donald Trump wird dank 80.000 Menschen in drei Bundesstaaten Präsident.“ Daher waren Wisconsin, Michigan und Pennsylvania am 8. November 2016 eine große Sache. Wisconsin, Michigan und Pennsylvania waren am 6. November 2018 ebenfalls eine Besonderheit. Die drei Staaten hatten Senatsrennen, in denen prominente Konservative angeblich verletzte demokratische Amtsinhaber herausforderten. Die drei Staaten hatten auch Gouverneurswahlen. Das sind sechs große Rennen in den drei Staaten, die Trump zum Präsidenten gewählt haben. Die Demokraten haben alle davon gewonnen. Drei demokratische Senatoren – Wisconsins Tammy Baldwin, Michigans Debbie Stabenow und Pennsylvanias Robert Casey – wurden problemlos wiedergewählt. Drei demokratische Gouverneurskandidaten – Tony Evers in Wisconsin, Gretchen Whitmer in Michigan und Tom Wolf in Pennsylvania – waren ebenfalls Gewinner.

Es stellte sich heraus, dass die Demokraten viele Gründe zum Feiern hatten, als der Umfang und die Art ihres Erfolgs von 2018 klar wurden. Aber sie hatten auch eine Menge Arbeit vor sich. In dem gespaltenen amerikanischen Regierungssystem mit seinen vielen Schichten widersprüchlicher Autorität behielten die Republikaner viel Macht. Unmittelbar nach der Wahl konzentrierte sich Trump auf alle möglichen Siege, die seine Partei behaupten konnte, und weigerte sich standhaft, die generelle Ablehnung seiner Politik und seines Regierens anzuerkennen. Der Präsident, der niemals Tatsachen seiner selbstverherrlichenden politischen Meinungsmache in die Quere kommen ließ, behauptete, die Ergebnisse des Jahres 2018 seien für die Republikaner „fast ein völliger Sieg“ gewesen. Diese Aussage enthüllte, dass Trump entweder unerhört unehrlich oder wahnsinnig, oder beides sei. Larry Jacobs, Direktor des Zentrums für Politik- und Regierungsforschung an der University of Minnesota, erklärte: „Es besteht kein Zweifel, dass wir Neuland betreten und Donald Trump in großen Schwierigkeiten steckt. Die Wahlergebnisse, egal was er sagt, waren für ihn verheerend. Die von ihm gebildete Koalition ist eindeutig angespannt und er scheint nicht in der Lage zu sein, einen Konsens zu schaffen.“ Und das ist nicht das Schlimmste für Trump. Mit dem Verlust des Repräsentantenhauses haben die Demokraten jetzt die Macht, Trump und seine Mitarbeiter zu untersuchen – und Enthüllungen aus den Ermittlungen anderer aufzugreifen: vor allem die von Sonderermittler Robert Müller, der eine umfassende Untersuchung des Einflusses Russlands auf die 2016 Trump-Kampagne und, wie vermutet wird,

des neueren Fehlverhaltens des Präsidenten und seiner Mitarbeiter führt. „Offensichtlich mit den Ermittlungen, die bald im Repräsentantenhaus beginnen...“, sagte Jacobs gegenüber The Guardian nach der Wahl. „Wenn die Demokraten es schaffen, Korruption aufzudecken, wird dies Trumps Behauptung schaden, den Sumpf trockenzulegen. Er wird schlammig aussehen.“

In den ersten zwei Jahren seiner Präsidentschaft hatte Trump einen Kongress, der ihn deckte. Repräsentantenhaussprecher Ryan vereitelte Anfragen; und wichtige Persönlichkeiten in der Abgeordnetenkammer, wie der Vorsitzende des Justizausschusses, Bob Goodlatte, R-Virginia, und der Vorsitzende Geheimdienstauschusses Devin Nunes, R-California, unterstützten aktiv die Bemühungen des Präsidenten, Transparenz und Verantwortlichkeit zu vereiteln. Unter der Leitung Ryans, Goodlattes und Nunes wurde das verfassungsmäßig definierte System der Gewaltenteilung („checks and balances“) gegen sich selbst gewendet. Die Legislative der Bundesregierung hat die schlimmsten Exzesse der Exekutive nicht gemildert. Sie hat sie aufrechterhalten und erweitert.

Aus offensichtlichen Gründen wollte Trump, dass diese Anordnung fortgesetzt wird. Aber die Wähler wählten eine andere Anordnung, wie die Anführerin der Demokratischen Partei des Repräsentantenhauses, Nancy Pelosi aus Kalifornien, feststellte, als klar wurde, dass sich ihre Partei durchgesetzt hatte. „Heute geht es um mehr als um Demokraten und Republikaner“, verkündete sie. „Es geht darum, die Kontrolle und das Gleichgewicht der Verfassung für die Trump-Regierung wiederherzustellen.“

Die Konsequenzen dieser Entwicklung für den Präsidenten wurden von Marylands Kongressabgeordneten, Elijah Cummings, dem Demokraten, der den mächtigen Ausschuss für Aufsicht und Regierungsreform übernehmen wird, zusammengefasst. Der Rechtsanwalt, der seit mehr als zwei Jahrzehnten im Repräsentantenhaus tätig ist, sprach von seinen neuen Pflichten in streng verfassungsrechtlicher Hinsicht. „Ich möchte auf all die Dinge eingehen, die der Präsident getan hat, die gegen das Mandat unserer Gründerväter in der Verfassung verstoßen“, erklärte er. „Wir brauchen Rechenschaftspflicht, Transparenz, Integrität und Ehrlichkeit von dieser Regierung.“

Die Aussicht auf eine Überprüfung brachte das Schlimmste in Trump zum Vorschein. Auf der gleichen Pressekonferenz nach den Wahlen, in der er den Reportern sagte: „Ich denke, ich bin ein großer moralischer Führer“, drohte der Präsident damit, die Mitglieder des Kongresses zu untersuchen, die ihn untersuchen, und erklärte: „Ich werde ihnen einfach die Schuld geben.“ Aber Cummings ließ sich nicht einschüchtern. „Im Moment haben wir einen Präsidenten, der niemandem rechenschaftspflichtig ist“, sagte der Kongressabgeordnete gegenüber CNN. Er versprach, dass sich das mit der Übertragung der Kontrolle des Repräsentantenhauses ändern würde.

### **Amtsenthörung**

Wie sehr sich das ändert, ist ein Thema, das den Aktivisten an der Basis in den Vereinigten Staaten von großer Bedeutung ist. Diese haben seit den ersten Tagen der Amtszeit von Trump argumentiert, der Kongress müsse sich mit der offensichtlichen Missachtung der Rechtsstaatlichkeit des Präsidenten befassen. „Der Kontrollwechsel des US-Repräsentantenhauses ist ein bedeutender Schritt nach vorne, aber es wird Donald Trumps korrupte und gefährliche Herrschaft nicht von alleine beenden“, sagt Tom Steyer, der Milliardär-Philanthrop, der ein Netzwerk von Gruppen fördert, das versucht, den Kongress zu veranlassen, Trump wegen Amtsvergehen anzuklagen. Steyer und seine Unterstützer möchten, dass Mitglieder des Repräsentantenhauses ihre Befugnisse gemäß der US-Verfassung nutzen, um

Trump wegen Fehlverhaltens anzuklagen und gegen ihn ein Amtsenthebungsverfahren einzuleiten – also ein Senatsverfahren einzurichten, das zur Amtsenthebung des Präsidenten führen könnte. Nach der Wahl erklärte Steyer: „Das amerikanische Volk hat für eine echte Veränderung gestimmt, und es ist entscheidend, dass diese neuen Vertreter erkennen, dass dies nur mittels einer echten politischen Abrechnung wegen der Korruption, Selbstkontrahierung und Gesetzlosigkeit ist, die Mr. Trump vorlebt. Es kann nicht erlaubt sein, dass er weiterhin ungestraft gegen das Gesetz verstößt“.

Pelosi hat die Forderung nach sofortigen Maßnahmen zur Amtsenthebung abgelehnt und die meisten Demokraten des Repräsentantenhauses sind in Bezug auf das Thema vorsichtig. Der kommende Vorsitzende des Justizausschusses, Jerry Nadler, ein Demokrat aus dem Staat New York, verspricht jedoch, dass Trump „lernen wird, dass er nicht über dem Gesetz steht“. Nadler ist wie Cummings ein hochrangiges Mitglied des Repräsentantenhauses mit einem tiefen Verständnis für die Verfassung. Der New Yorker wird nicht zum Urteil eilen. Aber Nadler sagte: „Wir werden etwas unternehmen müssen, um eine Kontrolle und Ausgewogenheit zu gewährleisten und die Rechtsstaatlichkeit zu schützen“.

Inwieweit Trump vom Plenum kontrolliert und abgeglichen werden kann, hängt zumindest teilweise von den Schlussfolgerungen ab, die aus der Untersuchung von Müller gezogen werden. Nadler hat sich als leidenschaftlichen Verteidiger der Ermittlungen von Müller gezeigt, die Trump als „falsche Hexenjagd“ angreift. Konflikte zwischen dem Präsidenten und Nadlers Ausschuss sind unvermeidlich und der neue Vorsitzende ist sich der Tatsache bewusst, dass eine Anklage wegen Amtsenthebung stattfinden könnte. Im Jahr 2017 sprach er mit der DC-Insider-Zeitschrift Politico und erklärte: „Wenn Sie tatsächlich einen Präsidenten aus dem Amt nehmen, machen Sie die letzte Wahl zunichte. Die Leute, die für ihn gestimmt haben, werden sicherlich denken, dass Sie die Wahl für ungültig erklären. Es ist in Ordnung, das zu tun. Es kann notwendig sein, dies zu tun – solange Sie einen ausreichenden Bruchteil der früheren Unterstützer des Präsidenten, die Leute, die für ihn gestimmt haben, überzeugt haben, dass Sie (fortfahren) müssen, dass es notwendig ist“.

Wenn es notwendig wird, würde jeder Schritt, Trump anzufechten, durch politische Realitäten (demokratische Vorsicht und republikanische Kontrolle des Senats) und durch die verzweifelten Antworten eines Präsidenten, der dafür bekannt ist, seine Gefühle sowie seinen Twitter-Account nicht beherrschen zu können, verkompliziert. Bisher wurde noch kein Präsident vom Kongress abgesetzt, obwohl Nixon in den 70er Jahren durch die Drohung der Amtsenthebung gezwungen wurde zurückzutreten. Seit der Ausrufung der Republik im Jahr 1787 wurden zwei Präsidenten formell vom Parlament abgesetzt (Andrew Johnson im 19. Jahrhundert und Bill Clinton im 20. Jahrhundert), beide überlebten jedoch die Prozesse im Senat und beendeten ihre Amtszeit. Trump könnte dasselbe tun. Viele Demokraten ärgern sich darüber, dass Trump einen hochkarätigen Kampf mit dem Kongress reizvoller findet als seine Regierungspflicht. Dieser Präsident zieht es immer vor, vor Publikum zu spielen – im Internet, in Fernsehfragen und bei Kundgebungen im Wahlkampfstil – während die praktische Arbeit der Politikgestaltung Nachrang hat. Und ein Kampf gegen eine Amtsenthebung eröffnet Trump die Chance, sich auf epische Theatralität einzulassen und genau auf die Art hässlicher politischer Manöver und Manipulationen, die seine leidenschaftlichsten Anhänger erfreuen.

Der Umgang mit Trumps Paranoia ist für Demokraten immer eine Herausforderung – und für die Medien, die ihre Aufmerksamkeit auf jeden Schritt des Präsidenten richten. Die Herausforderung wird nur noch größer werden, wenn eine Anklageerhebung erforderlich wird. Dennoch bietet dies, so wie viele Herausforderungen in diesem schwierigen Moment für Amerika, eine Möglichkeit, welche die

Opposition nutzen könnte, um die Debatte zurückzusetzen. Unabhängig davon, was in Bezug auf die Rechenschaftspflicht geschieht, konzentrieren sich die Demokraten auf die Entwicklung einer alternativen Vision für das Land, die mutig genug ist, um die Aufmerksamkeit der Wählerschaft für 2020 zu gewinnen.

### **Progressive Agenden**

Senator Bernie Sanders aus Vermont begann während des Wahlkampfes, als er durch das Land reiste, um sich für fortschrittliche Anwärter auf Bundes- und Landesposten einzusetzen, zu argumentieren, dass Demokraten ihre Ansprüche der Rechenschaftspflicht des Präsidenten mit einer Nachfragepolitik ausgleichen müssen, die allgemeine Debatte nach links rückt. Sanders, der Präsidentschaftskandidat im Jahr 2016, der möglicherweise erneut im Jahr 2020 antreten könnte, steht dem Widerstand gegen diese Präsidentschaft offen gegenüber. „Trump ist ein Demagoge. Er ist ein pathologischer Lügner,“ sagte er kürzlich in einem Interview. „Trump ist auch jemand, der die Demokratie eindeutig nicht respektiert, tatsächlich Überstunden macht, um die Demokratie in diesem Land zu untergraben. Wenn Sie die Medien als ‚Feinde der Menschen‘ angreifen, wow. Jetzt sind wir so an diese extreme Aussage von Trump gewöhnt. Wenn Sie und ich uns vor drei Jahren unterhalten und wir gesagt hätten, dass wir einen Präsidenten der Vereinigten Staaten haben, der die Medien als ‚Feinde der Menschen‘ angreift – damit die Menschen nicht glauben, was die Medien sagen, hätten wir gesagt, das sei völlig inakzeptabel. Sie haben einen Präsidenten, der unsere demokratischen Verbündeten beleidigt und angreift, sich aber mit autoritären Typen – ob Putin oder [Mohammed] bin Salman sehr wohlfühlt oder sogar eine persönliche Zuneigung zu Kim Jong-un hat. Dies ist eine Person, die meiner Meinung nach nicht an Demokratie glaubt und eine sehr autoritäre Persönlichkeit hat“. Es ist wichtig, „Trump für das, was er ist zu entlarven“, sagt der Senator. Er fügt hinzu: „Es ist nicht gut genug, nur auf Trump einzuprügeln. Du hast auf Trump eingepfügelt und die Leute sagen: „Ja, du hast recht, aber was soll's? Warum wählen gehen?“

Weil Trump weiterhin Präsident sein wird und er immer noch seine „Rabauktribüne“ haben wird, sagt Sanders, Demokraten des Kongresses müssen ihre neu gewonnene „Rabauktribüne“ nutzen, um die Debatte in eine auffällig progressivere Richtung zu lenken, als die Partei sie seit der Blütezeit der „Great Society“ Mitte der 1960er Jahre und wohl seit den „New Deal“-Tagen der 1930er Jahre hat.

Der prominenteste demokratische Sozialist der Nation argumentiert, dass die Demokraten im Repräsentantenhaus ihren Mehrheitsstatus annehmen und sofort eine Agenda aufstellen müssen, die in krassem Gegensatz zu Trump und seinem Trumpismus steht. Senatsdemokraten müssen, obwohl sie in der Minderheit sind, dafür kämpfen, ihre Stimmen für eine Parallele zu geben. Selbst wenn die Republikaner im Senat die Stimmen blockieren, selbst wenn sie Maßnahmen ablehnen, selbst wenn Trump mit Vetos droht, sollten die Demokraten weiter vorgehen – in dem Wissen, dass sie damit die Debatte neu ordnen, die Parameter des Möglichen erweitern und Trump von seinen Gesprächspunkten abbringen können.

Zu diesem Zweck hat Sanders ein progressives Programm vorgeschlagen, von dem er sagt, dass die Demokraten es als ihr eigenes aufnehmen und folgende Maßnahmen ergreifen sollten:

- ⇒ Erhöhung des Mindestlohns auf 15 USD pro Stunde und anschließende Indexierung des durchschnittlichen Lohnwachstums. Der derzeitige Mindestlohn von 7,25 USD pro Stunde ist ein Hun-



gerlohn, der auf einen existenzsichernden Lohn erhöht werden muss – mindestens 15 USD pro Stunde. Dies würde mehr als 40 Millionen Amerikanern eine Lohnerhöhung bringen und im ganzen Land zu höheren Löhnen von mehr als 100 Milliarden Dollar führen.

- ⇒ Ein Weg zur Medicare für jeden. Der im Senat weitgehend unterstützte Gesetzesentwurf für „Medicare für jeden“, hat eine vierjährige stufenweise Einführung der Gewährleistung der Gesundheitsversorgung für jeden Mann, jede Frau und jedes Kind. Im ersten Jahr würde das Medicare-Berechtigungsalter von 65 auf 55 Jahre gesenkt, die Zahn-, Hör- und Sehversorgung von Senioren abgedeckt, jedem jungen Menschen in den Vereinigten Staaten medizinisch Versorgung ermöglicht und die Kosten für verschreibungspflichtige Medikamente gesenkt.
- ⇒ Mutige Maßnahmen zur Bekämpfung des Klimawandels. Der Bericht des Weltklimarates hat deutlich gemacht, dass wir nur 12 Jahre Zeit haben, um die Menge an Kohlenstoff in unserer Atmosphäre erheblich zu senken oder unser Planet wird irreversiblen Schaden erleiden. Der Kongress muss ein Gesetz verabschieden, das unser Energiesystem von fossilen Brennstoffen hin zu Energieeffizienz und erneuerbaren Energien verlagert. Wir können den Planeten bei der Bekämpfung des Klimawandels anführen und dabei Millionen gut bezahlter Arbeitsplätze schaffen.
- ⇒ Reparatur unseres kaputten Strafjustizsystems. Wir müssen die Absurdität beenden, dass sich in den Vereinigten Staaten mehr Menschen im Gefängnis befinden als in jedem anderen Land der Erde. Wir müssen in Arbeitsplätze und Bildung für unsere jungen Menschen investieren, nicht in mehr Gefängnisse und Inhaftierungen.
- ⇒ Umfassende Einwanderungsreform. Das amerikanische Volk möchte die Jugendlichen im Programm „Deferred Action for Childhood Arrivals“ schützen und für mehr als 11 Millionen Menschen in unserem Land, die über keine Papiere verfügen, eine umfassende Einwanderungsreform anstreben. Und genau das sollten wir tun.
- ⇒ Fortschrittliche Steuerreform. In einer Zeit massiver und wachsender Ungleichheit in Bezug auf Einkommen und Wohlstand muss der Kongress ein Gesetz verabschieden, das von vermögenden Personen und großen Unternehmen verlangt, ihren gerechten Anteil an Steuern zu zahlen. Es ist nicht hinnehmbar, dass es große, äußerst rentable Unternehmen in diesem Land gibt, die keine Steuer auf Bundeseinkommen zahlen.
- ⇒ Ein 1 Billion US-Dollar-Infrastrukturplan. Jeden Tag fahren Amerikaner zur Arbeit auf Schlagpfaden und über bröckelnde Brücken, in überfüllten Bussen und U-Bahnen. Kinder haben es schwer, sich in überfüllten Klassenzimmern zu konzentrieren. Arbeiter können keine bezahlbaren Wohnungen finden. Die Infrastrukturen, die meisten Amerikaner nicht sehen, sind ebenfalls in einem schlechten Zustand – vom punktuellen Breitband und einem veraltetem Stromnetz bis zu giftigem Trinkwasser und verrotteten Deichen und Dämmen. Der Kongress sollte einen Infrastrukturplan in Höhe von einer Billion US-Dollar verabschieden, um diesen Bedarf zu decken und dabei bis zu 15 Millionen gut bezahlte Arbeitsplätze zu schaffen.
- ⇒ Die Senkung des Preises für verschreibungspflichtige Medikamente. Die Amerikaner zahlen bei Weitem die weltweit höchsten Preise für verschreibungspflichtige Medikamente, da die Vereinigten Staaten im Gegensatz zu anderen Ländern den Arzneimittelpreis nicht direkt regulieren. Das Parlament sollte ein Gesetz verabschieden, das Medicare verpflichtet, über niedrigere Arzneimittelpreise zu verhandeln und Patienten, Apothekern und Großhändlern den Kauf billiger verschreibungspflichtiger Arzneimittel aus Kanada und anderen Ländern ermöglichen. Ein Gesetz sollte auch verabschiedet werden, das sicherstellt, dass Amerikaner für verschreibungspflichtige Medikamente nicht mehr zahlen als Bürger in anderen großen Ländern.

- ⇒ Öffentliche Hochschulen und Universitäten von Studiengebühren befreien und die Verschuldung der Studierenden erheblich reduzieren. In einer wettbewerbsintensiven Weltwirtschaft müssen wir die am besten ausgebildeten Arbeiter der Welt haben. Jeder junge Mensch in Amerika muss, unabhängig vom Einkommen, die Möglichkeit haben, die Ausbildung zu erhalten, die er braucht, um einen anständigen Job zu erhalten und in die Mittelschicht zu gelangen. Das Parlament sollte das „College for All Act“ verabschieden, um öffentliche Hochschulen und Universitäten von Studiengebühren zu befreien und die Schulden der Studierenden erheblich zu senken.
- ⇒ Erweiterung der sozialen Sicherheit. Wenn einer von fünf Senioren versucht, mit weniger als 13.500 US-Dollar pro Jahr auszukommen, müssen wir die soziale Sicherheit ausbauen, damit jeder Amerikaner in Würde und Sicherheit in Ruhestand gehen kann. Das Parlament sollte ein Gesetz zur Erweiterung der Sozialversicherungsleistungen verabschieden und seine Zahlungsfähigkeit für die nächsten 60 Jahre ausbauen, indem die wohlhabendsten Amerikaner – die mehr als 250.000 USD pro Jahr verdienen – ihren gerechten Anteil an den Sozialversicherungssteuern zahlen müssen.

Dies ist ein starker Start mit einer progressiven Agenda. Wenn Demokraten im Repräsentantenhaus anfangen würden, einzelne Punkte zu verschieben, würde dies zweifellos Aufmerksamkeit auf sich ziehen. Aber der Ehrgeiz derer, die über Trump und Trumpismus hinausgehen wollen, muss über die Sanders-Liste hinausgehen. Es wurde richtig argumentiert, dass ein fortschrittliches Programm für diese Zeiten auch Fragen des Militarismus und aufgeblähten Pentagon-Budgets, US-Interventionen im Ausland und Bedrohungen der Menschenrechte im Ausland und im Inland betreffen muss. Dies ist eine Priorität für den Congressional Progressive Caucus (CPC) gewesen, dem größten ideologischen Ausschuss im US-Repräsentantenhaus, der bei der Zusammenkunft des neuen Kongresses über 90 Mitglieder haben wird. Der Ausschuss teilt die „Denkt groß“-Vision, die Sanders entwickelt hat. Der CPC-Ko-Vorsitzende Mark Pocan, Demokrat aus Wisconsin, verspottet die Zurückhaltung moderater Demokraten. „Einige Mitglieder des Kongresses ziehen es vor, ihr Leben in einer fötalen Position zu verbringen und in der Ecke des Raumes zu schaukeln“, sagt Pocan. „Das machen wir nicht. Wir sind die Leute da draußen, die sich für große Veränderungen einsetzen“.

Der CPC ist plötzlich einflussreich geworden. Der Ausschuss trifft sich mit Pelosi und Führern des Repräsentantenhauses und verhandelt über wichtige Ausschussaufträge. Als der Ausschuss im November eine Pressekonferenz abhielt, um neu gewählte aufstrebende Stars auf der linken Seite, darunter New Yorks Ocasio-Cortez und Massachusetts Pressley, in seinen Reihen zu begrüßen, war die Menge der Reporter so groß, dass die CPC-Vorsitzende Pramila Jayapal, Demokratin aus Washington, sinnierte: „Die Presse schenkt uns Aufmerksamkeit! Ich mag das!“

### **Beendenden des „immerwährenden Krieges“**

Ocasio-Cortez, die im Jahr 2018 das demokratische Establishment übernahm, als sie als „Lehrkraft, Organisatorin, demokratische Sozialistin und geborene New Yorkerin“ Wahlkampf führte, hat Krieg und Frieden immer zu einem zentralen Thema ihrer Politik gemacht. Sie erklärte in ihrem Wahlprogramm: „Seit der Invasion des Iraks im Jahr 2003 haben sich die Vereinigten Staaten im gesamten Nahen Osten und in Nordafrika mit Krieg und Besatzung verwickelt. Seit 2018 sind wir an Militäraktionen in Libyen, Syrien, Irak, Afghanistan, Jemen, Pakistan und Somalia beteiligt. Hunderttausende Zivilisten in diesen Ländern wurden entweder als Kollateralschaden durch amerikanische Militärschläge oder aufgrund der durch amerikanische Interventionen verursachten Instabilität getötet. Millionen mehr sind aus

ihren zerbrochenen Ländern geflüchtet und haben zur globalen Flüchtlingskrise beigetragen.“ Das neu gewählte Mitglied des Abgeordnetenhauses, das über eine große Social-Media-Anhängerschaft und einen trendigen Stil verfügt, der sie über die traditionellen politischen Kreise hinaus zu einer Heldin gemacht hat, argumentiert: „Diese fortgesetzte Aktion schadet Amerikas Legitimität als Kraft des Guten und schafft neue Generationen von potenziellen Terroristen und untergräbt den amerikanischen Wohlstand. In Zeiten, in denen uns gesagt wird, dass nicht genug Geld da ist, scheinen Republikaner und korporative Demokraten das Geld zu finden, um ein \$ 1,1 Billionen-Kampfflugzeugprogramm oder ein \$ 1,7 Billionen-Dollar-Modernisierungsprogramm für Atomwaffen zu finanzieren. Die Kosten sind extrem: Das Budget des Pentagon für 2018 beläuft sich auf 700 Milliarden Dolla, und das alles, um weiter gegen den endlosen Krieg gegen den Terror zu kämpfen und den Kalten Krieg mit einem neuen Wettrüsten zu kämpfen, den niemand gewinnen kann.“

Aufrufe zur Beendigung dessen, was Ocasio-Cortez als „immerwährenden Krieg“ bezeichnet, wurde von vielen neuen Abgeordnetenmitgliedern geäußert, darunter einigen jungen Frauen und Menschen unterschiedlicher Hautfarbe, die einen Migrationshintergrund haben. Ilhan Omar aus Minnesota, die in Somalia geboren wurde und in einem Flüchtlingslager lebte, bevor sie nach Minneapolis kam, argumentiert: „Wir müssen den Zustand des andauernden Krieges beenden, da diese Kriege unsere Sicherheit verringert haben. Hunderttausende Zivilisten wurden getötet, ganze Länder wurden destabilisiert und wir befinden uns derzeit in einer extremen globalen Migrationskrise. Inzwischen sind zunehmende Kürzungen im Gesundheitswesen, Infrastruktur, Bildung und Wohnen erfolgt. Wir müssen die militärischen Aktivitäten der USA zurücknehmen und unser umfangreiches Militärbudget wieder in unsere Gemeinden investieren. Sobald dies geschieht, können wir damit beginnen, die Schäden zu reparieren, das zerbrochene Image Amerikas zu reparieren und in diplomatische Beziehungen zu investieren.“

CPC-Führer, wie Pocan, Jayapal und die kalifornischen Demokraten Barbara Lee und Ro Khanna setzen sich seit einigen Jahren für eine Wiederaufnahme der Kongresskontrollen und der Gewaltenteilung in Bezug auf die Kriegsführung des Weißen Hauses ein, und argumentieren „es ist bei weitem an der Zeit, die Kultur von Verschwendung, Betrug und Missbrauch im Pentagon zu beenden.“ Neue Mitglieder, wie Ocasio-Cortez und Omar werden diese Themen stärker in den Fokus rücken, und das ist wichtig. Die Opposition der Republikaner kann sich nicht eng auf die Innenpolitik beschränkt konzentrieren, wenn, wie die CPC feststellt, „der Kongress jedes Jahr über die Hälfte unseres Ermessensbudgets dem Pentagon zuweist.“

Größere Überlegungen zu allen Themen sind für eine Demokratische Partei von entscheidender Bedeutung, die sehr gut darin gewesen ist, das zu definieren, wogegen sie steht, aber nicht so gut darin gewesen ist, wofür sie steht. Aber die Demokraten müssen auch über die Kämpfe des Augenblicks hinausschauen und über die Zukunft reden. Widerstand gegen Trump ist notwendig. Aber es muss auch einen Widerstand gegen die Politik geben, die diesen Trump und den nächsten Trump ermöglicht. Um das zu tun, müssen Demokraten mehr tun, als sich nur auf unmittelbare Probleme zu konzentrieren. Sie müssen sich mit den wirtschaftlichen und sozialen Veränderungen befassen, die Besorgnis der Wähler erwecken.

Wenn es eine klare Lektion aus den Zwischenwahlen 2018 gibt, dann ist es, dass die Amerikaner unzufrieden sind. Sie sind Trump überdrüssig. Aber es geht um mehr als nur um Trump. Während sich die Amerikaner am 6. November ungefähr mit 55 zu 45 für die Demokraten entschieden, fand eine

Umfrage von CBS News, die ungefähr zur gleichen Zeit durchgeführt wurde, heraus, dass die Amerikaner die Richtung nicht befürworteten, in die das Land gerichtet war, mit einem Vorsprung von 58 zu 36. Das bedeutet, dass die Unzufriedenheit überparteilich ist. Diese geht quer durch Ethnien, Klassen, Geschlechter und Alter. Und die tröstlose Stimmung ist ernstzunehmenden Analysten zufolge auf tiefe Wurzeln zurückzuführen, und zwar gehen sie von dem Zusammenbruch der Wall Street von 2008 aus – sowie aus dem darauffolgenden Bailout der Banker, die Krise verursacht haben.

Wenn die Demokraten den Auf-and-Ab-Zyklus der amerikanischen Politik brechen und das Land nicht mehr zwischen abwechselnden „blauen Wellen“ und „roten Wellen“ sehen wollen, müssen sie darüber reden, warum der politische Moment so instabil ist, wie diese Instabilität von Trump genutzt wurde, um die schlechteste Politik voranzubringen und darüber, wie sie von Progressiven genutzt werden könnte, um eine bessere Politik voranzutreiben.

### **Die nächste Politik**

Donald Trump ist der Präsident der Vereinigten Staaten, weil die politischen Führer des Landes es versäumt haben, ehrlich oder nützlich auf die radikalen Veränderungen zu reagieren, die das Leben der Amerikaner bestimmen, und die Angst, die diese Veränderungen hervorrufen. Trump spricht diese Veränderungen nicht an, aber er füllt die Lücke, die durch das Vermeiden unvermeidlicher Debatten von verantwortungsbewussteren politischen Persönlichkeiten geschaffen wurde.

Im Gegensatz zum Rest der Welt haben die Vereinigten Staaten gerade erst begonnen, sich mit der unmittelbaren Krise des Klimawandels auseinanderzusetzen. Gleichzeitig ist es nun bereits dreißig Jahre her, seitdem die Globalisierungsrevolution radikal verändert hat, wie wir mit der Welt in Beziehung stehen – wirtschaftlich, sozial, politisch und praktisch. Es ist zwanzig Jahre her seit dem Beginn digitalen Revolution, die dramatische Folgen für die Gestaltung unserer Kommunikation, unseres Zeitmanagements und unserer Beziehungen hatte. Und es ist bereits zehn Jahre her, seit die Automatisierungsrevolution alles an unseren Arbeitsplätzen so umgestülpt, dass wir vollkommen neu denken müssen, wer wir als Arbeiter sind und was wir vielleicht erreichen wollen.

Das sind harte Realitäten. Es trifft den Durchschnittsamerikaner mit der Kraft von drei industriellen Revolutionen gleichzeitig. Aufgrund des anhaltenden Einflusses des neoliberalen Fabeldenkens in beiden Parteien wurde das ernsthafte Nachdenken über die erforderlichen Maßnahmen zur Bewältigung dieses Umbruchs zugunsten der Fantasie, dass der „Markt schon auf eine Lösung kommen wird“, vernachlässigt.

Ökonomen sprechen mit Dringlichkeit über die Machtkonzentration in den Händen einer Milliardärsklasse und über die Monopolisierung des Wohlstands durch Billionen-Dollar-Tech-Unternehmen. Sie erklären, dass dies schlecht für die Wirtschaft und noch schlechter für die Menschheit sei. Sozialwissenschaftler erkennen wirtschaftliche und soziale Ungleichheit als existenzielle Bedrohung an. Der Harvard Business Review erklärt, dass „Menschen in allen Lebensbereichen immer mehr Sorge um den fortschreitenden Automatismus haben.“ Die angeblich „aufgeklärten“ Anführer beider Parteien schlagen jedoch weiterhin „mehr vom selben“ vor, um wertvolle öffentliche Mittel an Milliardäre, Tech-Titanen und dem militärisch-industriellen Komplex zu lenken, der bereits einen Großteil unseres Gemeinwesens eingenommen hat. Es ist sicherlich richtig, dass die Republikaner bei Steuersenkungen für die wohlhabenden und multinationalen Konzerne größere Begeisterung aufweisen als die

Demokraten. Es gibt jedoch immer noch viele Demokraten, die archaische Fantasien über das Vertrauen in den Markt bei der Lösung von Problemen haben, die der Markt seit Generationen erlaubt.

Bis Bernie Sanders die Debatte mit einer Präsidentschaftskandidatur 2016 eröffnete, der die Selbstgefälligkeit der Demokratischen Partei erschütterte, wurde wenig darauf geachtet, dass die Transformation der US-Wirtschaft die Entwicklung eines Sozialstaats im skandinavischen Stil erfordert, um die Amerikaner mit Garantien für Gesundheitsfürsorge, Bildung, Transport und andere Grundbedürfnisse zu versorgen. Es ist die einzige vernünftige Antwort auf eine „Gig-Economy“, in der die Arbeiter nicht auf die Sozialleistungen zählen können, die ihre Großeltern erhalten haben und die ihre Eltern jetzt verlieren.

Es ist eine Anerkennung dieser Tatsache – nicht das Versprechen von „Geschenken“, auf die sich Experten im Jahr 2016 verbohrten –, die junge Wähler zu so leidenschaftlichen Unterstützern von Sanders in seinem demokratischen Hauptwettbewerb mit Hillary Clinton gemacht hat. Sie unterstützten ihn, weil seine sozialdemokratische Agenda, wie ein kluger Vorschlag klang, um der chaotischen Zukunft, die sie bereits erlebten, Stabilität zu verleihen. Doch selbst in Bestform berührte Sanders kaum die Themen, mit denen sich die Gesellschaft bald konfrontiert sehen wird, etwa ob ein universelles Grundeinkommen erforderlich sein wird, um Arbeiter zu unterstützen, die von Robotern ersetzt werden. Und als der Nominierungskampf abgeschlossen war, kehrten Demokraten zu der üblichen Vorsicht zurück, die Partei davon abhielt, junge Leute und unzufriedene Amerikaner zu inspirieren.

Die Vernachlässigung der wesentlichen Debatte hat es Trump leicht gemacht, die Lücke mit Angst und einer Kombination aus übertriebener Prahlerei über zweifelhafte geschäftliche Fähigkeiten und groben Appellen gegen Fremdenfeindlichkeit zu füllen. Dies war gerade genug, um Schlachtfeldstaaten wie Wisconsin, Michigan und Pennsylvania – und mit ihnen das Wahlmännerkollegium – im Jahr 2016 für sich zu gewinnen. Trump ist jedoch nicht in der Lage, sich mit den Ursachen der Angst auseinanderzusetzen. Dies ist einer der Gründe, warum die Blaue Welle im Jahr 2018 eingeleitet ist.

Es gibt viele Menschen – viele von ihnen Trump-Wähler und potenzielle Trump-Wähler –, die erkennen, dass gute Beschäftigungszahlen temporär sind, dass Löhne stagnieren und dass Steuersenkungen eher in die Robotifizierung investiert werden als in die langfristige Schaffung von Arbeitsplätzen. Trump hat keine Antworten auf die wirklichen Probleme unserer Zeit. Also wird er – wie er es in den letzten Wochen vor den Wahlen von 2018 getan hat – seine ethnisierte Politik weiter vorantreiben und er macht es nicht allein. Er nimmt die Republikanische Partei mit sich.

Das könnte jedoch für ihn möglicherweise nicht mehr funktionieren. Die Ergebnisse der Zwischenwahlen des Jahres 2018 deuten darauf hin, dass er seine Fähigkeit verliert, die Massen zu mobilisieren, und dass seine Verwundbarkeit in den kommenden Monaten zunehmen könnte. Demokraten können sich jedoch nicht darauf verlassen, dass Trump stolpert. Das war die Strategie, die sie 2004 verfolgten, als sie es mit einem weiteren republikanischen Präsidenten aufnahmen: George W. Bush. Trotz seiner vielen Misserfolge setzte sich Bush durch – zumindest zum Teil, weil die Demokraten die Aussicht potenzieller Präsidenten (wie der frühere Gouverneur von Vermont Howard Dean) ablehnten, welche vorschlugen, strikte Trennlinien zwischen den beiden Parteien zu ziehen.

Die Wähler, die 2018 in Rekordzahlen zu den Wahlen kamen, haben den Demokraten eine neue Chance gegeben, diese Trennlinien zu ziehen. Sie können dies nicht tun, indem sie sich einfach ge-

gen Trump wenden. Sie müssen ihre Partei nun zu einer absoluten und eindeutigen Alternative zum Trumpismus machen.

Die Demokraten müssen es richtig anpacken, erklärte mir Bernie Sanders, als wir besprachen, was die Partei mit der Macht tun muss, die ihr die Wählerschaft gegeben hat. „Trump wird noch immer Präsident sein“, erklärte er. „Daher ist es absolut zwingend erforderlich, dass Demokraten mutige Initiativen vorlegen, die sie dem amerikanischen Volk versprochen haben. Wenn nicht, wird es einfach schrecklich sein.“

---

Veröffentlicht von der Rosa-Luxemburg-Stiftung, Büro New York, Dezember 2018.

**Herausgeber:** Andreas Günther

**Adresse:** 275 Madison Avenue, Suite 2114, New York, NY 10016

**E-Mail:** info.nyc@rosalux.org; **Telefon:** +1 (917) 409-1040

Gefördert mit Mitteln des Auswärtigen Amts.

Die Rosa-Luxemburg-Stiftung ist eine international tätige, progressive Non-Profit-Organisation für politische Bildung. In Zusammenarbeit mit vielen Organisationen rund um den Globus arbeitet sie für demokratische und soziale Partizipation, die Ermächtigung benachteiligter Gruppen, Alternativen zur wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung und für friedliche Konfliktlösungen. Das New Yorker Büro erfüllt zwei Hauptaufgaben: sich mit Themen der Vereinten Nationen zu befassen und mit nordamerikanischen Linken in Hochschulen, Gewerkschaften, sozialen Bewegungen und der Politik zusammenzuarbeiten.

**[www.rosalux-nyc.org](http://www.rosalux-nyc.org)**